Total überfordert

Ulmer Ärzte haben untersucht, was bei der Explosion einer Atomwaffe mit ihrer Stadt geschehen würde.

Um 10.15 Uhr am Vormittag explodierte über der schwäbischen Stadt Ulm ein atomares Geschoß von einer Megatonne Sprengkraft – eine jener strategischen Kernwaffen, mit denen sowjetische Raketen armiert sind.

Im Bruchteil einer Sekunde stand über Ulm ein Feuerball von einigen hundert Metern Durchmesser, im Innern Millionen, am Rand noch mehrere tausend Grad Celsius heiß. Im Umkreis von eineinhalb Kilometern verglühte alles zu formlosen Klumpen.

Die Ulmer Innenstadt war in Sekundenschnelle verschwunden, weggefräst vom Römerplatz bis zum Fußballstadion, vom Michelsberg bis zum Neu-Ulmer Bahnhof. Wo das gotische Münster stand, hatte sich ein Krater geöffnet.

Noch in vier Kilometern Entfernung rund um die Ulmer City fielen alle Gebäude wie Kartenhäuser in sich zusammen, bis zu sieben Kilometern um das Explosionszentrum, in den ländlichen Randgemeinden, wurde die Hälfte aller Häuser durch die Druckwelle zerstört.

Bilanz dieser *einen* Bombe: 123 000 Todesopfer, 77 000 Schwerverletzte. Mehr als 44 000 Menschen erlitten Brandverletzungen dritten Grades – mehr als dreißig Prozent der Körperoberfläche verbrannt, ein Überleben allenfalls durch Sofortbehandlung in Spezialkliniken denkbar.

Ostermarschierer 1983 in Ulm: Fiktion und Fakten gebündelt

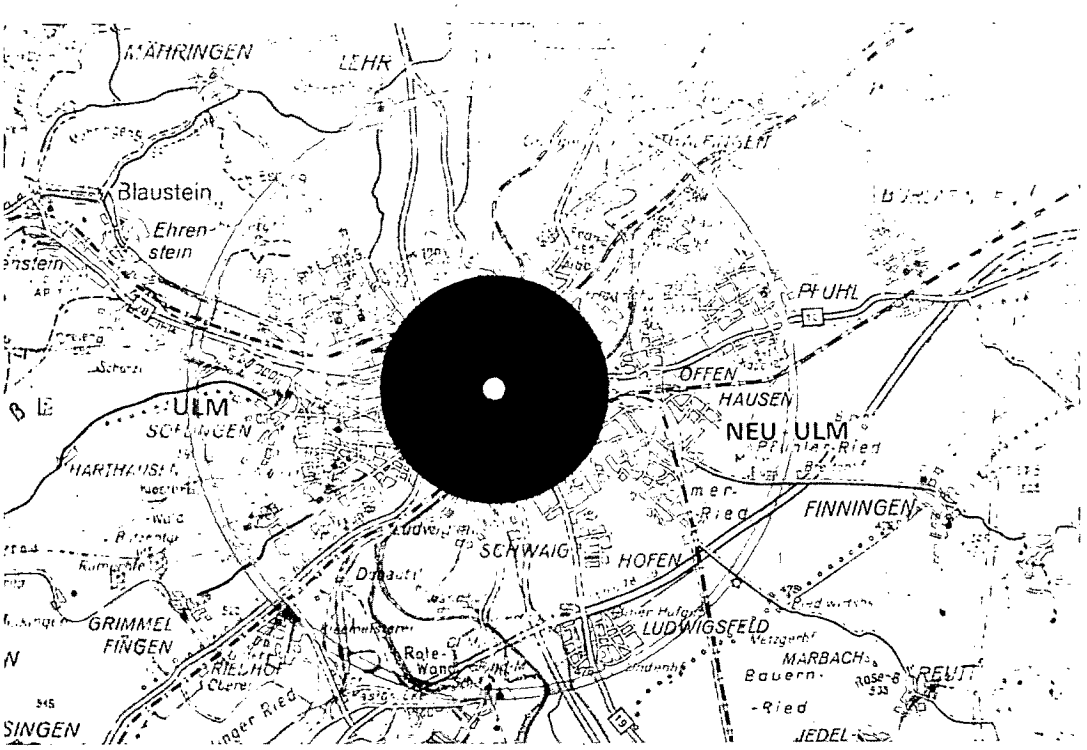
Das Horror-„Szenario Ulm", das Fiktion und Fakten bündelt, entstammt einer wissenschaftlichen Arbeit „über die Auswirkungen eines Atombombenangriffs auf unsere Stadt und die unlösbaren medizinischen Probleme".

Verfaßt worden ist die erste Darstellung dieser Art in der Bundesrepublik von Mitgliedern einer Ulmer Ärzteinitiative, die wiederum Teil der humanitärmedizinisch argumentierenden Aktion „Internationale Ärzte zur Verhinderung eines Atomkriegs" ist, einer Organisation, die von den größten Ärztegremien der USA und Großbritanniens sowie von zahlreichen Standesvereinigungen in mehr als dreißig anderen Ländern in Ost und West unterstützt wird.

Sprecher der deutschen Sektion, zu der sich rund 5000 Ärzte in der Bundesrepublik bekennen, sind der Frankfurter Professor Ulrich Gottstein, Chefarzt am Bürgerhospital und Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Angiologie (Blutgefäßkunde), sowie der Gießener Psychoanalytiker Professor Horst-Eberhard Richter, ferner zwei praktizierende Ärzte aus Hamburg und Gaggenau in Baden.

Die Ulmer Initiative, der neben mehr als dreißig Ärzten und Universitätsprofessoren sowie fünfzig Medizinstudenten auch Wissenschaftler anderer Fakultäten, ärztliche Helfer und Geistliche angehören, bildete Arbeitsgruppen, die Tatsachenmaterial zu beschaffen und aufzuarbeiten hatten – beispielsweise über die physikalischen Auswirkungen einer Atomexplosion und über die Möglichkeiten ärztlicher Versorgung.

Der Untersuchung liegt die Annahme zugrunde, daß Ulm während einer Ost-West-Krise infolge eines Fehlers im elektronischen Frühwarnsystem Ziel eines Atom-



„Szenario Ulm"-Illustration (Vier-Kilometer-Radius): Die Gebäude fallen wie Kartenhäuser

schlags wird. Die Folgen beschreibt der Szenario-Text unter anderem so:

▷ „Die Überlebenden können keine Hilfe erwarten. Zur Versorgung der über 75 000 Schwerverletzten um Ulm herum stehen höchstens 100 unverletzte Ärzte zur Verfügung."

▷ „Eine wirksame medizinische Versorgung einer derart großen Zahl von Schwerverletzten, insbesondere mit Verbrennungen, würde auch in Friedenszeiten das *gesamte* Gesundheitssystem der Bundesrepublik total überfordern."

Zu den Verfassern des Szenarios gehören Professor Peter Novak, Leiter der Abteilung Medizinische Soziologie an der Universität Ulm, sowie der Privatdozent Shraga Goldmann, Leiter der Abteilung Transplantationsimmunologie der württembergischen Blutspendezentrale des Deutschen Roten Kreuzes in Ulm.

Den Ulmer Medizinern ist vor allem an „rückhaltloser Aufklärung" der ärztlichen Kollegen und der Öffentlichkeit über die medizinischen, gesundheitlichen, psychischen und ökologischen Auswirkungen des Einsatzes von Atomwaffen gelegen. Die Initiative-Mitglieder wehren sich zudem gegen eine „als Katastrophenmedizin getarnte Zwangsfortbildung für den Atomkriegsfall". Denn in Baden-Württemberg und in anderen Bundesländern ist geplant, die Ärzte unter Androhung von Bußgeld und Approbationsentzug zur Teilnahme an Weiterbildungslehrgängen in „Katastrophenmedizin" heranzuziehen.

Das „Szenario Ulm" soll die Sinnlosigkeit ärztlicher Hilfe nach einem Atomschlag deutlich machen. Den Angriff auf Hiroschima im Jahre 1945 überlebten nur 40 Ärzte – bei 75 000 Toten und 100 000 Schwerverletzten.

Diese Relation würde sich heute noch verschlechtern, und das erste Planspiel eines Atomangriffs, bei dem, 1962, die Stadt Boston an der Ostküste der USA als Zielort angenommen wurde, drängte amerikanischen Ärzten eine Schlußfolgerung auf, die nun auch von der Ulmer Initiative präsentiert wird: Die wenigen vielleicht überlebenden Ärzte und Gesundheitseinrichtungen seien „außerstande, auch nur die elementarsten Wundversorgungen auszuführen".

Ein internationales Expertenteam, das im Auftrag der Weltgesundheitsorganisation „die Gefahr eines thermonuklearen Krieges und die möglichen Folgen für Leben und Gesundheit der Weltbevölkerung" untersuchte, kam in seinem vorige Woche veröffentlichten Bericht ebenfalls zu dem Schluß, daß die Möglichkeit, Opfer eines Atomangriffs medizinisch zu versorgen, „praktisch gleich Null" sei.

„Menschen, deren Haut in Fetzen vom Körper hängt, irren umher und suchen nach Flüssigkeit, um ihren Durst zu stillen", heißt es nun im Ulmer Papier, „doch die Wasserleitungen geben

Develop

Hat Ihr Kopierer mehr als 2 Knöpfe und 2 Kontroll-Leuchten?

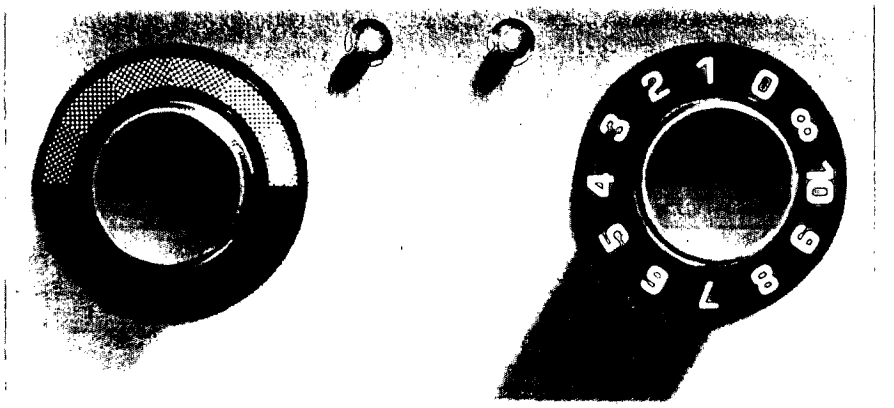
Warum eigentlich?

Develop 20. Der einfachste und kleinste Normalkopierer am Arbeitsplatz.

Komplett in Deutschland entwickelt und produziert.
Überall beim guten Fachhandel.

Ausführliche Informationen von
Develop, Dieselstraße 8, 7016 Gerlingen 1
Telefon (07156) 308-0, Telex 7-245215 delo

Österreich: BCS, 1150 Wien, Matthias Schönerergasse 11,
Telefon 922608
Schweiz: Fritz Schumacher AG, 8038 Zürich, Frohalpstrasse 27,
Telefon 4828181



kein Wasser, und die Oberflächengewässer sind radioaktiv verstrahlt."

Am „Tage nach der Katastrophe" treiben in der Donau „Tausende von Leichen": „Sie wurden entweder durch die Druckwelle hineingeblasen, oder sie brachen bei der Suche nach Wasser am Ufer zusammen. Menschen, die ihre Augen nicht schützen konnten, wurden blind."

Die deutschen Ärzte weisen für den Fall Ulm schlüssig nach, daß „schwer Brandverletzte keine Überlebenschance" hätten, weil die erforderliche hochspezialisierte medizinische Versorgung – mit Infusions- und Transplantationstherapie – nicht zur Verfügung stehe: In Baden-Württemberg sind nur 26 Betten für Verbrennungsopfer vorgesehen.

Und auch minder schwer Verletzte hätten, so die Ulmer Szenario-Autoren, überwiegend keine Überlebenschance, vor allem aufgrund einer Kombination von äußeren Verletzungen und Auswirkungen der Strahlenkrankheit.

Der Fall-out, so ermittelten die Ulmer Ärzte anhand meteorologischer Untersuchungen, würde die 400 000 Bewohner einer zigarrenförmigen, etwa 140 Kilometer langen Zone erfassen, in der die Radioaktivität zwischen 2000 und 4000 rem betrage. Szenario-Text: „Im Innern dieser Zone würden alle Einwohner sterben", in Nürnberg und Fürth, am Rande der angenommenen Zone, „ein Großteil" der Bevölkerung.

Bei Strahlenerkrankungen liegen die Behandlungsmöglichkeiten nahe Null. Notwendig wäre die Transplantation von blutbildendem Knochenmark, der Patient darf nicht älter als vierzig Jahre sein, als Spender kommen nur Geschwister in Frage. In der Bundesrepublik gibt es nur fünf Zentren für derartige Operationen: in Ulm, Tübingen, München, Essen und Kiel. Ulm wäre, im Ernstfall, ohnehin entfallen.

Die Ärzteinitiative bringt die medizinischen Chancen bei einem Fall Ulm, wo auch immer, auf eine kurze Formel: „Sterbehilfe ist die einzige realistische Maßnahme, die in einer solchen Situation möglich ist."

SCHULEN

Kampf ums Kind

An den Schulen werden die Schüler knapp. Um der Schließung zu entgehen, lassen sich Gymnasien Werbegags einfallen.

Drei rockende Lehrer des Theodor-Heuss-Gymnasiums in Göttingen sind die Stars eines Werbefilms, der die Lehranstalt ins rechte Licht rücken soll. Sie trällern: „Ich steh' aufs THG, du, du bist okay." Der Spot soll im Herbst vor Eltern und möglichst vielen künftigen Schülern aufgeführt werden.

Lehrer des Kurfürst-Maximilian-Gymnasiums im bayrischen Burghausen versprachen, bis das Kultusministerium einschritt, jenen Schülern Buchprämien, die Freunde, Bruder oder Schwester für ihre Schule keilen.

In Düsseldorf werden Eltern bei Kaffee und Kuchen bedrängt, ihre Kinder anzumelden. Und in Hamburg-Steilshoop wird animiert: „Wollen Sie die Gesamtschule hautnah erleben?"

Werbeslogans und Kaffeekränzchen sind Zeichen eines neuartigen Schulkampfs. Viele Gymnasien und Gesamtschulen, in den Ballungsräumen wie in der Provinz, wollen absehbarer Auszehrung nicht länger tatenlos zusehen.

„Der Schülerklau geht um", beschreibt der Vorsitzende des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes Wilhelm Ebert den Verteilungskampf. Bei zu kleinen und zu wenig Klassen, noch dazu bei knappen Kassen, droht mancher Schule der Exitus.

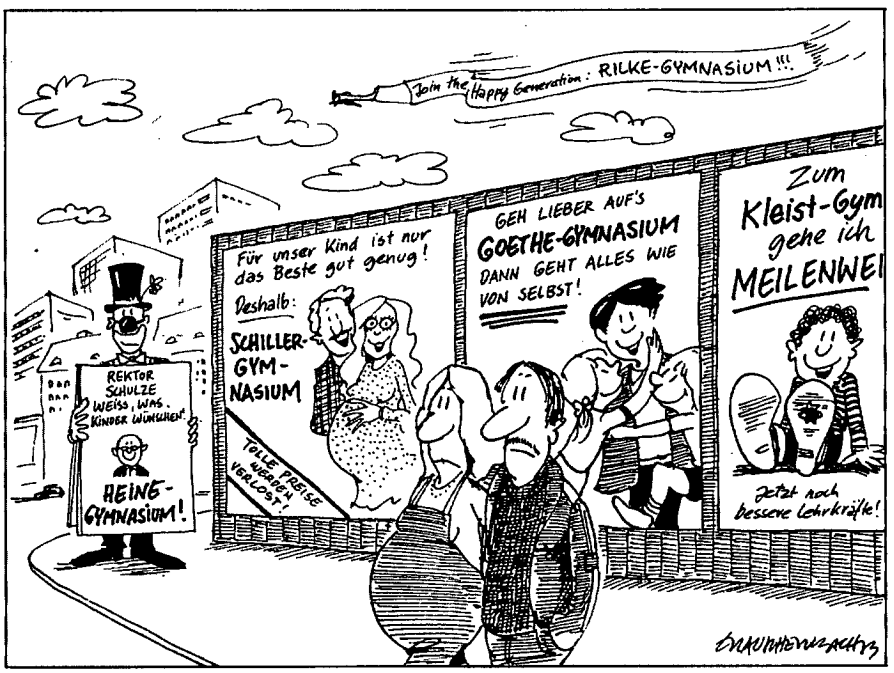
Denn auf die Schülerflut folgt jetzt, wie schon bei den Grundschulen, die Ebbe bei den weiterführenden Schulen. Mitte der siebziger Jahre, auf dem Höchststand, wurden sechs Millionen Zehn- bis Sechzehnjährige gezählt. 1990 werden es nur noch 3,5 Millionen sein – fast 45 Prozent weniger.

In „diesem Jahr 1600 Schüler weniger für die fünften Klassen", rechnet Hamburgs Schulsenator Joist Grolle vor: „Das muß Auswirkungen haben." In München, wo die Zahl der Gymnasiasten binnen dreieinhalb Jahren um rund 7000 abnimmt, erkannte das städtische Schulreferat: „Das heißt, in jedem Jahr haben wir ein Gymnasium weniger."

Der Kampf ums Kind wird hart geführt, und das hessische Kultusministerium warnte schon, es mit der Schulwerbung nicht zu unsachlich zu treiben: „Dann kriegen die das Staatliche Schulamt auf den Hals." Zwei Hamburger Schulleiter wurden bereits zurückgepfiffen. Sie hatten die Konkurrenz madig gemacht.

Fraglich ist, ob Abmahnungen dieser Art fruchten. Denn der „Schülerschwund im Sekundarbereich", prophezeien die Dortmunder Schulentwicklungsforscher Marianne Horstkemper, Klaus Klemm, Klaus-Jürgen Tillmann, wird sich „in den kommenden Jahren enorm verstärken".

Einerseits, heißt es im Hamburger Schulentwicklungsplan, bringe die rückläufige Schülerzahl „spürbare Verbesserungen" – etwa „die Senkung der Klassenfrequenzen" oder „die Verbesserung der Stundentafeln". Andererseits eben auch den schleichenden Schultod. Zudem steht das pädagogische Konzept, entwickelt in den Jahren der Bildungsreform, auf dem Spiel mit einer Skala von Wahlpflicht-, Leistungs-, Neigungs- und Förderkursen.



Noch kommt den weiterführenden Schulen der „Aspirationsschub" der Eltern (so die Dortmunder Forscher) entgegen. Immer mehr Eltern erhoffen für ihre Kinder wenigstens die mittlere Reife, lieber noch das Abitur. Kräftig unterstützt wird der Hang zum Höheren von künftigen Arbeitgebern in Industrie, Handel und Gewerbe: „Immer mehr Firmen wollen heute den Lehrling mit Abitur", sagt der Dortmunder Bildungsforscher Hans-G. Rolff.

Hauptschüler sind kaum mehr gefragt. Obendrein verläßt ein knappes Viertel aller Hauptschüler diese Rest-Bildungsanstalt ohne jeden Abschluß. Hauptschulen können häufig nur noch durch „pädagogische Mund-zu-Mund-Beatmung", so übereinstimmend Berliner und niedersächsische Schulbeamte, überleben. Gerade noch siebzehn Prozent aller Frankfurter Schüler gehen zur